

## „Kein Ansturm auf Heroin zu erwarten“

### Karlsruher Projekt für Schwerstkranke ist durch Bundestagsvotum gesichert

Von unserem Redaktionsmitglied

Günther Kopp

Mit Erleichterung und Freude ist gestern Abend in Karlsruhe die Entscheidung des Bundestages aufgenommen worden, wonach die Behandlung von Schwerstabhängigen mit Heroin künftig gesetzlich geregelt wird und von den Krankenkassen bezahlt werden muss. (Siehe auch Politik und Südwestecho.) Damit sei der Fortbestand des Karlsruher Heroinmodells, das bislang von der Stadt und von der Arbeiterwohlfahrt als Trägerin der Ambulanz bezahlt wurde, gesichert, sagte Sozialbürgermeister Harald Denecken erleichtert. Ohne Geld von den Kassen hätte Karlsruhe das politisch umstrittene Modell voraussichtlich 2011 aufgeben müssen, hatte Denecken noch vor kurzem gewarnt.

Aufatmen auch beim Karlsruher Kreisgeschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Gustav Holzwarth. „Wir freuen uns riesig“ sagte er, als in Berlin das Abstimmungsergebnis feststand. Wenn die Stadt Karlsruhe es wolle, werde die AWO ihre Ambulanz, in der Patienten auch mit Methadon behandelt werden, weiterführen, versicherte Holzwarth. Er geht davon aus, dass nach der neuen Gesetzesregelung weitere schwerstabhängige Patienten

Anspruch auf eine Behandlung mit künstlichem Heroin haben, ist sich aber schon jetzt sicher: „Einen Ansturm von Heroinpatienten wird es nicht geben.“ Von Anfang an sei diese Therapie nur angewandt worden, wenn es aus medizinischer Sicht keinen anderen Weg gegeben habe. Holzwarth: „Heroin wird auch in Zukunft die Ultima ratio sein.“ Dies belegten auch die Patientenzahlen. Von den 30 genehmigten Plätzen in der Heroin-Therapie in

---

#### Stadt ist weiterhin für soziale Betreuung der Patienten zuständig

---

Karlsruhe seien nur 17 belegt. Dagegen seien rund 70 Patienten in Methadon-Behandlung.

In diesem Jahr bezahlt die Stadt Karlsruhe für das Heroinprojekt 310 000 Euro an die AWO, für das kommende Jahr hat der Gemeinderat 325 000 Euro bewilligt. Wie stark die Entlastung der Stadt ausfallen werde, lasse sich noch nicht absehen, so Holzwarth, da die Kassen wohl nur die medizinischen Kosten übernehmen, nicht aber die für psychosoziale Beratung und Betreuung sowie für Beschäftigungstherapie.

Sabine Tanger, die Leitende Ärztin in der

AWO-Ambulanz, hat die Abstimmung des Bundestages im Internet-Parlamentsfernsehen verfolgt und am Ende „schweißnasse Hände gehabt“, wie sie sagt. Endlich sei die Zitterpartie vorbei, so die Ärztin.

„Die Geduld hat sich gelohnt“, sagte der Drogenbeauftragte der Stadt, Rainer Blobel, erfreut. Jetzt stünden die Verhandlungen mit den Krankenkassen an. Endlich werde die Hilfe für Schwerstabhängige zu einer regulären Krankenbehandlung.

In der Bundestagssitzung haben alle vier Karlsruher Abgeordneten, Johannes Jung (SPD), Sylvia Kotting-Uhl (Grüne), Karin Binder (Linke) und Ingo Wellenreuther (CDU), für die heroingestützte Behandlung von Schwerstabhängigen gestimmt, Wellenreuther wick dabei von der Linie seiner Fraktion ab. Auch die ehemalige Karlsruher Bundestagsabgeordnete Monika Knoche (Linke) unterstützte den Gesetzesantrag.

Sie alle zeigten sich überzeugt, dass mit der Abgabe von Heroin einem Kreis von Schwerkranken geholfen werden kann, die sonst keine Chance auf ein einigermaßen normales Leben hätten. Das Karlsruher Modellprojekt stehe jetzt auf festen Füßen.